

# Entwicklungspolitik und Wirtschaft zusammendenken

## Handbuch für eine interessen geleitete und wirksame Entwicklungspolitik

Zukunft und Relevanz der deutschen Entwicklungspolitik stehen und fallen mit einem glaubwürdigen Angebot an den aktuellen politischen Diskurs, deutsche Interessen und die Interessen der Partnerländer zusammenzuführen. Das ist ein Neubeginn für die deutsche Entwicklungspolitik.

Eine zeitgemäße Entwicklungspolitik muss geopolitische und -ökonomische Realitäten abbilden und gestalten. Sie muss im Interesse Deutschlands und Europas gute Beziehungen zu Schwellen- und Entwicklungsländern fördern. Sie muss Hand in Hand mit der Außen- und Sicherheitspolitik und der Außenwirtschaftsförderung gestaltet und umgesetzt werden. Sie muss Wirtschaftswachstum und den Schutz der grundlegenden Lebensbedingungen konsequent zusammendenken. Sie muss beweisen, dass sie Steuerzahlergelder wirksam investiert.

Eine solche neue Entwicklungspolitik bedarf konkreter, mutiger Entscheidungen und politischer Weichenstellungen auf drei Ebenen:

Erstens muss Entwicklungspolitik überhaupt erstmal strategiefähig werden. Nur so kann sie zur politischen Gestalterin werden. Damit das gelingt, muss sie sich thematisch fokussieren, Partnerschaften mit anderen Ländern dynamischer betrachten, die sogenannte technische Zusammenarbeit grundsätzlich neu aufstellen sowie Wirkungen ehrlich messen, um von Fehlern zu lernen.

Zweitens muss Entwicklungspolitik wirtschaftliche Entwicklung wieder zu ihrem Markenzeichen machen. Wohlstand – und damit Entwicklung – sind in erster Linie Ergebnis von wirtschaftlichem Wachstum. Mit Ausnahme humanitärer Hilfsprogramme muss der direkte oder indirekte wirtschaftliche Erfolg im Zentrum der Mittelvergabe stehen. Zugleich lässt sich durch eine konkrete Zusammenarbeit von Regulierern, öffentlichen und privaten Finanzinstituten und Unternehmen ein Business Case für nachhaltige Investitionen weltweit schaffen.

Drittens muss Entwicklungspolitik kohärent mit der Außenwirtschaftsförderung programmiert und integraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik werden. Es gilt, die aktuellen Bundesregierungs-internen Konflikte im internationalen Handeln Deutschlands aufzulösen. Das stärkt die Gestaltungsmacht der Bundesregierung in der EU und in multilateralen Organisationen. Und es schafft Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung nach innen, weil eine kohärente und verlässliche Politik Vertrauen bei Unternehmen und Bürgern schafft.

### 1. Entwicklungspolitik strategiefähig machen

Wer alles will und macht, schafft am Schluss nichts. Um strategiefähig zu werden, muss sich die Entwicklungspolitik deshalb zunächst thematisch fokussieren. Nur wer seine Stärken kennt und versteht und seine Interessen entsprechend artikuliert, kann politisch agieren:

- a. Fokussierung auf drei Themen, die sich unmittelbar aus unseren deutschen Interessen ableiten:
  1. Wirtschaft, 2. Energie / Klima und 3. Rohstoffe / Sicherheit von Lieferketten. Weniger ist hier mehr. Bisher versucht die deutsche Entwicklungspolitik alles zu machen, ohne in einem der Handlungsfelder eine Expertise zu haben und das Interesse Deutschlands artikulieren zu können.

- b. Zu diesen drei wichtigsten Themen werden globale Fazilitäten eingerichtet, auf die sich die bilateralen Programme bewerben müssen. Im Gegenzug werden die Länderquoten / bilateralen Planungsprozesse abgeschafft oder auf ein Minimum reduziert. Das thematisch fokussierte Angebot ist dann Gegenstand der politischen Verhandlungen mit den Partnerregierungen, bei denen Deutschland auch seine Interessen artikuliert. Das ist ein starker Kontrast zur aktuellen technokratischen Praxis, bei der die Durchführungsorganisationen BMZ und Partnerregierungen Themen vorschlagen, um dann selbst mit der Durchführung entsprechender Programme beauftragt zu werden.
- c. Im Gegenzug öffnet sich die deutsche Entwicklungspolitik für eine Zusammenarbeit mit allen Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Länderliste wird abgeschafft. Das erlaubt eine dynamischere Entwicklungspolitik, die Investitionen dort tätigt, wo sie Sinn machen und im deutschen Interesse sind. Das beinhaltet auch eine konsequente Priorisierung und Konditionalisierung der Zusammenarbeit. Die aktuelle statische Einschränkung geht an der Realität vorbei und verhindert eine interessensgeleitete Entwicklungspolitik.
- d. Das BMZ baut eine branchenspezifische Expertise zu den wichtigsten Themen auf. Dazu gehört ein enger Austausch mit der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft, um das Leistungsspektrum dieser immer den Partnerländern mitanzubieten. Dazu gehört auch eine Mitgestaltung der europäischen und deutschen Regulierung, die oft Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen der Entwicklungspolitik hat. Dazu zählen zum Beispiel Verordnungen und Richtlinien in der Energiepolitik oder der Finanzmarktregulierung. Aktuell gestaltet die Entwicklungspolitik aufgrund mangelnder Fachkenntnis diese nicht mit.
- e. Das Gesetz über die technische Zusammenarbeit und die Direktvergabe der technischen Zusammenarbeit an die GIZ werden abgeschafft. Wie jedes andere Ministerium schreibt das BMZ künftig Programme aus und vergibt diese an den kostengünstigsten unter den geeigneten Anbietern. Zentrales Vergabekriterium ist neben dem Preis das messbare Endergebnis. Das spart Geld, erhöht die Steuerungsfähigkeit des BMZ und schafft eine Grundlage ehrlicher Evaluierung.
- f. Technische Zusammenarbeit soll künftig konsequent an Investitionen der deutschen FZ (Kredite und Zuschüsse) und europäischen Entwicklungspolitik (Global Gateway) ausgerichtet werden. Die Verteilung der Ausgaben zwischen Technischer Zusammenarbeit einerseits und Finanzieller Zusammenarbeit andererseits soll sich künftig am international üblichen Mittel orientieren.
- g. Gemeinsame europäische Ansätze haben zukünftig Vorrang vor bilateralen Insellösungen. Deutsche Interessen sind in der Regel europäische Interessen. Will Europa zivile Gestaltungsmacht sein, muss sie auch als solche auftreten statt sich intern Konkurrenz zu machen. Die Bundesregierung sollte europäische Lösungen aktiv gestalten statt sich in Ressortstreitigkeiten zu verfangen. Die Kompetenzen dafür sollten daher klar geregelt sein.
- h. Steuerzahlergelder wirksamer ausgeben: Das BMZ führt portfolioweit eine Wirkungsmessung ein, die ihren Namen verdient. Nur so kann die deutsche Entwicklungspolitik die Wirkung ihrer Ausgaben durch eine evidenzbasierte Programmierung erhöhen. Wirkungsmessung ist für das BMZ nicht neu, nur sind die aktuellen Verfahren und Indikatoren so schwach, dass alle Programme fast immer ihre (niedrig gesteckten) Ziele erreichen und eine Verbesserung nicht stattfindet. Dass das besser geht, beweisen andere Geber oder einzelne Bereiche innerhalb der deutschen Entwicklungspolitik.

## 2. Wirtschaft zum Markenzeichen der Entwicklungspolitik machen

Der Rahmen für internationales Handeln hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Der Raum für den freien Markt wird immer kleiner: Handelsbeschränkungen, wettbewerbsverzerrende Subventionen und politische Risiken nehmen zu. Zugleich haben sich in der multipolaren Staatenordnung neben den OECD-Staaten zahlreiche neue, selbstbewusste Akteure entwickelt – ihnen muss ein international vielfältig verbundenes Deutschland als größte europäische Industrienation und weltweit fairer und verlässlicher Partner gerecht werden. Darauf muss die Entwicklungspolitik reagieren:

- a. Alle bilateralen Vorhaben müssen Wirtschaft mitdenken. Dazu schreibt das BMZ den Durchführungsorganisationen vor, bei allen bilateralen Programmen Wirtschaft zu integrieren und wirtschaftliches Wachstum zu befördern. Ausnahmen bestehen insbesondere für humanitäre Bereiche, müssen darüber hinaus aber im Einzelfall begründet und vom BMZ bewilligt werden.
- b. Die Bundesregierung erwirkt eine Überarbeitung des EU-Nachhaltigkeitsrahmenwerks. Aktuell gelten keine Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern als nachhaltig, unabhängig davon, ob diese es sind oder nicht. Das verhindert dringend gebrauchte Investitionen in wachsenden Märkten und ist ein unnötiger Wettbewerbsnachteil für europäische Banken und Unternehmen.
- c. Das BMZ initiiert eine neue globale Plattform („Hamburg Sustainability Platform“) zur Standardisierung von Finanzierungsinstrumenten. Damit kommt das dringend benötigte Kapital leichter dorthin, wo es für Wachstum, Beschäftigung und Nachhaltigkeitstransformation gebraucht wird. Launch der Plattform auf der Hamburg Sustainability Conference 2025.
- d. Das BMZ entsendet strategisch Personal in die Finanz-, Wirtschafts- und Handelsministerien der Partnerländer und stellt so sicher, dass deren Verfahren und Taxonomien zu den europäischen und deutschen passen. Das verbessert Rahmenbedingungen für ein Engagement der deutschen Wirtschaft.
- e. Ebenso ermöglicht das BMZ einen wechselseitigen Personalaustausch mit der Wirtschaft. Das stärkt die dringend benötigte Wirtschaftskompetenz und die Netzwerke der Entwicklungspolitik. Andere Länder tun dies bereits seit langem.
- f. Die direkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird ausgebaut, insbesondere unternehmensnahe Instrumente. Dazu zählt insbesondere die Skalierung von innovativen und bereits erfolgreich implementierten Finanzinstrumenten wie der Entwicklungsförderungsfonds am Standort Deutschland): 1. Flexibilisierung des ImpactConnect-Programms mit dem BMZ durch Erhöhung der Finanzierungsbandbreite und Finanzierungsfenster für lokale Unternehmen, die deutsche Produkte und Lieferungen beziehen; 2. finanzielle Stärkung der Global Impact Investment Facility zur Übernahme von Lokalwährungsrisiken sowie Ermöglichung zusätzlicher Mobilisierung durch innovative Weiterentwicklung des Instruments
- g. Lücken in der Finanzierung von internationalem Handel werden geschlossen. Das BMZ initiiert dafür einen neuen Fonds, „TradeConnect“. Er dient der Finanzierung von mit Deutschland verbundenen Industrie-Partnerunternehmen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie können damit ihre Produktion mit deutscher Technologie ausbauen, ihre Vorprodukte nach Deutschland zuliefern und mit mehr Kapital gesunde Wachstumspfade mit deutschen Partnerunternehmen angehen. Damit bedient der Fonds eine hohe Nachfrage in Deutschland und in den Partnerländern und macht bestehende Marktinstrumente wieder anschlussfähig – als

Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss. Das ist gut für die industrielle Entwicklung der Zielländer und gut für die deutsche Wirtschaft. Launch des neuen Instruments: Q3 2025.

- h. Um die Nachfrage von Mittelstand und Partnerländern nach Investitions- und Handelsfinanzierung abbilden zu können, wird der Haushaltstitel „Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen“ ausgebaut. Dabei gilt: 1. öffentliche Gelder werden nur subsidiär genutzt, wo der Markt kein Angebot macht und 2. entwicklungspolitische Instrumente, insb. Fonds, werden für private Renditeanleger geöffnet. Damit haben diese Instrumente nicht nur größeres Gewicht, sondern werden zu marktfähigen und steuerzahlerfreundlichen Investitionsvehikeln.
- i. Bestehende Fonds der Entwicklungspolitik werden in einem Master-Fonds gebündelt. So können mit „alten“ Haushaltsmitteln mehrere Milliarden Euro an Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern garantiert werden, ohne neues Geld. Geschäftspolitische Überlegungen der KfW-Bankengruppe dürfen dem nicht entgegenstehen, insbesondere in Zeiten knapper Kassen.
- j. Haushaltsmittel für Beratung und Förderung werden ausgebaut. Dadurch wird die Transformationsarbeit mit dem Privatsektor lokal und in Deutschland. Dazu gehören Programme wie DeveloPPP, die BusinessScouts der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung und die Kammer- und Verbandspartnerschaften.
- k. Delegationsreisen der BMZ-Leitung sollen künftig immer auch Wirtschaftsvertreter beinhalten. Das Schlagwort „EZ als Türöffner“ wird so gelebte Realität. Wirtschaft soll zudem standardmäßig Thema aller bilateralen entwicklungspolitischen Regierungsverhandlungen sein.
- l. Das BMZ baut starke multilaterale Allianzen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, denn allein kann Deutschland das Ziel einer wirtschaftsnäheren und klimagerechten internationalen Zusammenarbeit nicht umsetzen. Das BMZ schafft dafür eine like-minded Gruppe. Dadurch beeinflussen wir die Politik von EU, Weltbank, multilateralen Entwicklungsbanken, UN und neuen Allianzen entsprechend. Das Ziel: Wachstum, Beschäftigung, Klimaschutz und Abbau von Ungleichheit. Die Finanzierung der multilateralen Organisationen wird zukünftig konsequent daran ausgerichtet.

### 3. Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung integrieren

Eine gut abgestimmte Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung macht Deutschland erfolgreicher – nach innen und nach außen. Nach innen, weil eine Bundesregierung, die mit einer Stimme spricht, von Unternehmen als verlässlich wahrgenommen wird. Nach außen, weil eine geeinte Bundesregierung bei wichtigen Fragen wie Global Gateway gestalten kann:

- a. BMZ, BMWK und AA müssen gemeinsam die Global Gateway Agenda gestalten und eine starke deutsche Stimme sicherstellen. In der EU sollte sich die Bundesregierung für eine zentrale Stelle („one stop shop“) einsetzen, die Unternehmen zu Global Gateway berät. Dazu gehört die Beteiligung von Unternehmen an der Projektauswahl, an der Projektentwicklung und an der Projektumsetzung. Die aktuell dezentrale Beratung in den Mitgliedsstaaten funktioniert nur bedingt. Zudem müssen die Projekte gut mit den Partnerregierungen abgestimmt sein und die Interessen beider Seiten berücksichtigt werden. Nur so ist Europa in der Welt verlässlich.
- b. EU-Kommission und Bundesregierung müssen Unternehmen darin unterstützen, Konsortien und Joint Ventures zu formen. Das könnte auch Aufgabe eines Global Gateway One-Stop-Shops sein. Denn Entwicklungs- und Schwellenländer wollen Turn-Key-Lösungen. Das ist verständlich, denn selbst Deutschland ist es nicht gelungen, den Berliner Flughafen ohne Generalauftragnehmer („EPC“) zu bauen. Für deutsche Unternehmen ist das schwierig, da sie sich aus dem EPC-Geschäft größtenteils zurückgezogen haben und sich ungern in Konsortien engagieren. Dennoch braucht es aber eine Bereitschaft der Wirtschaft, hier mutiger zu sein und in schwierigere Märkte zu gehen. Die gute Nachricht: Hierfür gibt es europäische Lösungen. Denn in Ländern wie Spanien oder Portugal erleben wir gerade einen EPC-Boom. Mit diesen EPCs können sich die deutschen Unternehmen zusammentun. Das ist eine Chance für die europäische Wirtschaft, bei Aufträgen in Entwicklungs- und Schwellenländern wieder erfolgreicher zu sein.
- c. BMWK und BMZ bauen eine gemeinsame digitale Plattform für Unternehmen auf, auf der diese sich über Förderprogramme der Bundesregierung in Schwellen- und Entwicklungsländern informieren können (Launch Q3 2025). Aus Unternehmenssicht ist es irrelevant, ob eine Förderung aus Mitteln des BMWK oder des BMZ erfolgt.
- d. Zudem verabschieden BMZ und BMWK eine gemeinsame Position zur besseren Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von GIZ und Außenhandelskammern (AHKs). Marktwirtschaftliche Angebote sollen zukünftig vorrangig von den AHKs angeboten werden (Subsidiaritätsprinzip). Zugleich ergänzen sich beide Organisationen in ihrem Leistungsspektrum. Gerade in Ländern, in denen es keine AHKs gibt, kann können die Organisationen der Entwicklungspolitik eine wichtige Ansprechpartnerin für die deutsche Wirtschaft sein. Mögliche Überschneidungen im Handeln von beiden Organisationen sind vor Projektbeginn durch das jeweilige Landesbüro der GIZ und der AHK zu klären und deren Umsetzung abzustimmen. Veröffentlichung: Q2 oder Q3 2025.
- e. Export- und Investitionsabsicherungen sollen künftig als Paketlösung mit entwicklungspolitischen Finanzierungen angeboten werden (ohne diese aneinander zu konditionieren). Die Ukraine ist bereits ein gutes Beispiel, dass dies funktionieren kann.
- f. Die Lieferaufbindung für Vergaben der projektgebundenen bilateralen finanziellen Zusammenarbeit in Nicht-LDCs und nicht überschuldeten Ländern wird eingeschränkt; Unternehmen, die von marktverzerrenden Subvention profitieren werden von Vergaben ausgeschlossen, so etwa chinesische Staatsunternehmen. Das klingt technisch, ist aber überaus politisch. Und das geht

bereits jetzt, denn Deutschland übererfüllt die OECD-Vorgaben, die eine ungebundene Vergabe nur in den ärmsten und überschuldeten Partnerländern vorsieht.

Table-Briefings

## Zwei Szenarien, falls das BMZ aufgelöst wird...

### 1. Zusammenführen was zusammengehört: BMZ ins Auswärtige Amt integrieren

Soll es gelingen, die Entwicklungspolitik zu einem relevanten und integrierten Teil der deutschen Außenpolitik zu machen, müssen die Aufgaben des BMZ als Ganzes ins Auswärtige Amt übergehen. Eine Zerschlagung des Ministeriums würde die bestehenden Ressortkonflikte nur verlagern. Soll das gelingen, dürfen im Auswärtigen Amt keine Parallelstrukturen entstehen. Entwicklungspolitik muss zur DNA der deutschen Außenpolitik werden. Nur so kann sie ihr Potential entfalten, Geopolitik und Geoökonomie im Interesse Deutschlands zu gestalten. Das bedeutet konkret:

- a. Länderreferate: Vollständige Integration der bilateralen Referate, um alle Aspekte des internationalen Handelns Deutschlands aus einem Guss zu programmieren.
- b. Botschaften: Parallel dazu Aufbau echter entwicklungspolitischer Abteilungen an den deutschen Botschaften, die personell so ausgestattet sind, die Kooperationsprogramme politisch zu steuern (statt dies an die GIZ und KfW zu delegieren). Nur so kann eine Integration der internationalen Zusammenarbeit gelingen.
- c. Vereinte Nationen und multilaterale Entwicklungsbanken: Ausbau der multilateralen Abteilung im Auswärtigen Amt („OR+“). Dazu zählen neben den UN-Programmen insbesondere auch die multilateralen Banken als zentrales Einflussfeld der deutschen internationalen Politik. Verliert das Auswärtige Amt diese an das BMF, steht fiskalischer Konservatismus über dem internationalen Gestaltungswillen Deutschlands. Das gilt es zu verhindern.
- d. Außenwirtschaft: Ausbau von Abteilung 4 um die Wirtschaftskooperation der Entwicklungspolitik. Ebenso Überführung der Außenwirtschaftsförderung vom Wirtschaftsministerium ins Auswärtige Amt. Das stärkt nicht nur die Rolle der Außenwirtschaftspolitik, sondern auch das wirtschaftspolitische Profil Deutschlands in den Partnerländern. Zudem erlaubt eine gestärkte Wirtschaftsabteilung ein ambitionierteres Handeln Deutschlands im Sinne von Global Gateway.
- e. Europa: Integration des BMZ-EU-Referats in die Europaabteilung. Mit der Zuständigkeit für DG INTPA bekommt das Auswärtige Amt einen großen Soft Power Gestaltungsraum (Großteil der EU Außeninstrumente).
- f. Klima: Zusammenführung von Klima-Außenpolitik und Klimafinanzierung. Neben der Klimafinanzierung des BMZ sollte dies auch eine Zusammenführung der Internationalen Klimainitiative (IKI) im Auswärtigen Amt beinhalten.
- g. Humanitäres Engagement: Zusammenführung von Humanitärer Hilfe, Stabilisierung und entwicklungsorientierter Übergangshilfe. Bereits heute gibt es signifikante Überlappungen.
- h. Entwicklungspolitische Expertise: Aufbau einer neuen entwicklungspolitischen Sektor-Abteilung mit echter fachlicher Expertise (die das BMZ bisher mit wenigen Ausnahmen nicht vorhält). Nur so kann Deutschland bei den internationalen Fachdiskursen wirklich mitreden. Nur so kann das Auswärtige Amt die entwicklungspolitischen Programme wirklich steuern (statt von den Durchführungsorganisationen gesteuert zu werden).

## 2. Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen: BMZ ins Wirtschaftsministerium integrieren

Soll es gelingen, Wirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung ins Zentrum von Entwicklungspolitik zu führen, müssen die Aufgaben des BMZ weitgehend in das Wirtschaftsministerium integriert werden. Das stärkt nicht nur den Wirtschaftsfokus der Entwicklungspolitik. Eine Integration des BMZ in das Wirtschaftsministerium stärkt die Kohärenz von Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung. Das bedeutet konkret:

- a. Botschaften: Aufbau echter entwicklungspolitisch- und außenwirtschaftlichen Abteilungen an den deutschen Botschaften, die personell so ausgestattet sind, die Kooperationsprogramme und deutsche Unternehmensinteressen politisch zu steuern – statt dies an die GIZ und KfW bzw. eine AHK zu delegieren. Nur so kann eine Integration der internationalen Zusammenarbeit gelingen. Mit diesen Abteilungen EZ/AW kann sich das Auswärtige Amt dann mit ihren Abteilungen Wi an den Botschaften auf die Wirtschaft des Gastlandes konzentrieren.
- b. Europa: Integration des BMZ-EU-Referats in die in der Bundesregierung federführend für Europapolitik zuständige Abteilung E des Wirtschaftsministeriums. Mit der Zuständigkeit für DG INTPA bekommt das Wirtschaftsministerium einen großen Soft Power Gestaltungsraum zurück (Großteil der EU Außeninstrumente) und kann diese wirtschaftspolitisch nutzen.
- c. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Konsolidierung von Abteilung V „Außenwirtschaftsförderung und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ des Wirtschaftsministeriums in: Regionen, Instrumente, Sektoren, Internationales und Fachaufsichten. Vollständige Integration der bilateralen Referate und Aufnahme der UA 40, 41, 10, 12, G3/G4. Das stärkt nicht nur die Rolle der Außenwirtschaftspolitik, sondern auch das wirtschaftspolitische Profil Deutschlands in den Partnerländern sowie die wirtschaftliche Prägung der Entwicklungspolitik. Zudem erlaubt eine gestärkte Wirtschaftsabteilung ein ambitionierteres Handeln Deutschlands im Sinne von Global Gateway.
- d. Entwicklungsbanken: Ausbau der neuen Unterabteilung im Wirtschaftsministerium „V D Internationales“ um multilaterale Banken als zentrales Einflussfeld der deutschen internationalen Politik. Damit kann Wirtschaftsexpertise deren Verlust an das BMF vermeiden, bei dem fiskalischer Konservatismus über dem internationalen Gestaltungswillen Deutschlands steht. Das gilt es zu verhindern.
- e. Entwicklungspolitische Expertise: Ausbau der neuen Unterabteilung im Wirtschaftsministerium „V C Sektor“ mit aktuell UA 10, 12, 42 mit echter fachlicher Expertise (die das BMZ bisher mit wenigen Ausnahmen nicht vorhält). Nur so kann Deutschland bei den internationalen Fachdiskursen wirklich mitreden, die entwicklungspolitischen Programme wirklich steuern (statt von den Durchführungsorganisationen gesteuert zu werden).
- f. Klima: Zusammenführung von Klimafinanzierung mit der für Klima in der Bundesregierung federführenden Abteilung K im Wirtschaftsministerium. Neben der Klimafinanzierung des BMZ sollte dies auch eine Zusammenführung der Internationalen Klimainitiative (IKI) beinhalten.
- g. Humanitäres: Zusammenführung von Humanitärer Hilfe, Stabilisierung und entwicklungsorientierter Übergangshilfe im Auswärtigen Amt. Bereits heute gibt es signifikante Überlappungen.